

Medizinstudium an Uni Lübeck gerettet

Die vom Aus bedrohte Mediziner Ausbildung an der Universität Lübeck bleibt dank der Hilfe des Bundes erhalten. Berlin werde sich künftig mit zusätzlichen 25 Millionen Euro pro Jahr an der Finanzierung der Forschungslandschaft in Schleswig-Holstein beteiligen, teilte die Landesregierung am Donnerstag mit. Das hätten Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, Wissenschaftsminister Jost de Jager (beide CDU) und FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki mit Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) vereinbart.

Kubicki erklärte am Donnerstagabend: „Der Medizinstudiengang in Lübeck bleibt erhalten.“ Die CDU/FDP-Koalition in Kiel wollte im Zuge ihres Millionen-Sparprogramms die Mediziner-Ausbildung in Lübeck auslaufen lassen, um bis zu 26 Millionen Euro pro Jahr einzusparen. Dagegen hatte es massive Proteste gegeben, da dadurch ein Abstieg der Lübecker Universität in die Bedeutungslosigkeit befürchtet wurde.

Ministerpräsident Carstensen betonte nach der Einigung mit Schavan: „Wir sind bei der Konsolidierung unseres Haushaltes und der Sicherung der exzellenten Forschung in Schleswig-Holstein heute einen entscheidenden Schritt vorangekommen.“ Die Mediziner Ausbildung müsse nicht geschlossen werden, auch die Zahl der Medizin-Studienplätze solle nicht sinken.

Unter anderem über eine neue Trägerschaft für das Kieler Institut für Meereskunde entlastet der Bund Schleswig-Holstein um insgesamt rund 25 Millionen Euro jährlich. Derzeit wird das Leibniz-Institut zur Hälfte vom Land finanziert. Bei einer Überführung in ein Institut der Wissenschaftsorganisation Helmholtz-Gemeinschaft kann der Bund 90 Prozent der Finanzierung übernehmen, das Land zahlt nur noch zehn.

„Es ist kein Geheimnis, dass in diesem Zusammenhang Lübeck eine besondere Rolle gespielt hat“, sagte Schavan. Sie wollte die Uni aber nicht direkt finanziell unterstützen. „Es wäre ein Offenbarungseid, wenn der Bund da, wo einem Land Geld fehlt, die Institution übernimmt, wo das Geld fehlt.“ Der Bund sei keine Sparkasse. Universitätspräsident Peter Dominiak zeigte sich erleichtert. „Der Druck, den die Studenten aufgebaut haben, hat dazu geführt, dass verhandelt wurde“. Nun will sich die Einrichtung zu einer Stiftungsuniversität wandeln, um so mehr Mittel von Dritten einzuwerben. „Wir wollen nicht alle drei bis vier Jahre totgesagt werden“, sagte Dominiak. Er rechne damit, ab 2020 jährlich drei Millionen Euro pro Jahr hinzuzubekommen. Dem Stiftungsmodell muss der schleswig-holsteinische Landtag zustimmen.